Einleitend erläutert Herr Dippel die Beschlussvorlage.

Herr Dippel betont, dass die im Haushalt veranschlagten 560.000 EUR die zurzeit erwarteten Kosten für die Umsetzung entsprechen.

Herr Klein informiert die Mitglieder des Bauausschusses, dass auf Grundlage des § 132 Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung eine Satzung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Radevormwald besteht, die unter § 8 die Merkmale der endgültigen Erschließung auflistet. Die erforderlichen Herstellungsmerkmale wie eine Fahrbahn mit Unterbau und Decke, ein beidseitiger Gehweg, Entwässerungseinrichtungen mit Anschluss an die Kanalisation sowie betriebsfähige Beleuchtungseinrichtungen sind nicht oder nur zum Teil erfüllt. Somit gilt die Bahnstraße als noch nicht erstmalig hergestellt. Es müssen daher Erschließungsbeiträge mit einem Anteil von 90 % für die Anlieger erhoben werden.

Anschließend bittet Frau Schaub die Verwaltung zu prüfen, ob es sich bei der Bahnstraße um eine historische Straße handelt und somit ein Befreiungstatbestand hinsichtlich der Erschließungsbeiträge vorliegt. Nach eigenen Recherchen stellte Frau Schaub fest, dass die Bahnstraße laut Karten bereits seit dem Jahr 1932 besteht.

Diesbezüglich bestätigt Herr Klein, dass nach den der Verwaltung vorliegenden Unterlagen die Bahnstraße Bestand seit dem Jahr 1934 aufweist. Herr Klein betont jedoch, dass hier dennoch eine beitragspflichtige (Erst-) Erschließung im Sinne des Baugesetzbuches vorliegt.

Im Anschluss trägt Herr Dippel unter Berücksichtigung des Antrags der Fraktion AL vom 13.02.2015 zu diesem Tagesordnungspunkt die der Niederschrift beigefügte Power-Point-Präsentation vor.

Herr Viebach kann die Intention des Antrags der Fraktion AL nachvollziehen, möchte allerdings hervorheben, dass eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahme erforderlich ist. Herr Viebach erinnert daran, dass die Maßnahme seit 2007 verschoben wird und sich der Zustand der Bahnstraße kontinuierlich verschlechtert, wodurch die Herstellungskosten jährlich steigen. Herr Viebach stellt auch heraus, dass der vorgelegte Beschlussentwurf der Verwaltung nur eine Vorplanung ermöglicht. Herr Viebach bittet die Verwaltung, nach Abschluss der Vorplanung eine rasche Bürgerbeteiligung und offensive Bürgerinformation durchzuführen.

Auf Rückfrage des Vorsitzenden Herrn Müller führt Herr Dippel aus, dass die unterschiedlichen Ausbauvarianten einen Kostenunterschied von lediglich circa 10.000 EUR aufweisen. Herr Dippel sagt zu, dass nach Planungsabschluss die Bürger umfassend - inklusive Kostenberechnungen und anfallenden Gebühren - informiert werden und dann Änderungswünsche berücksichtigt werden können.

Frau Schaub erkundigt sich, ob die voraussichtlichen Kosten bereits abzusehen sind.

Herr Dippel antwortet, dass eine Kostenschätzung frühestens im Rahmen der Entwurfsplanung erfolgen kann, weist zugleich daraufhin, dass die im Haushalt veranschlagten 560.000 EUR die zurzeit erwarteten Kosten für die Umsetzung entsprechen.

Herr Dr. Korsten sichert zu, dass - wie in der Regel von der Verwaltung praktiziert - eine

Bürgerveranstaltung mit Entwurfsplanung und detaillierten Kostenberechnungen stattfinden wird. Unter Berücksichtigung der Frage von Frau Schaub führt Herr Dr. Korsten weiter aus, dass die Beitragspflicht bzw. das Vorliegen eines Befreiungstatbestands auch noch später geklärt werden kann. Gleichwohl stellt Herr Dr. Korsten klar, dass der Beschlussentwurf keinen Startschuss für den Ausbau der Bahnstraße darstellt.

Frau Nahrgang bemängelt, dass durch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 1b eine höhere Geschwindigkeit der Personenkraftwagen befürchtet werden muss. Zudem möchte Frau Nahrgang wissen, ob weiterhin Parkmöglichkeiten auf der Fahrbahnseite der Lärmschutzwand zur B 229 vorgesehen sind.

Diesbezüglich erklärt Herr Dippel, dass eine Abstimmung mit dem Fachbereich Soziales und Ordnung und der Polizei stattgefunden hat. Herr Dippel sagt weiter, dass insofern Parkmöglichkeiten auf der Fahrbahnseite zur Lärmschutzwand bestehen, vorausgesetzt die gesetzlich vorgeschriebene Restfahrbahnbreite gemäß der Straßenverkehrsordnung eingehalten wird. Allein hierdurch wird eine Verringerung der Geschwindigkeit ermöglicht.

Zunächst lässt Herr Müller über den Antrag der Fraktion AL vom 13.02.2015 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	03 Ja-Stimmen	(Fraktionen AL und UWG)
	09 Nein-Stimmen	(Fraktionen CDU, FDP, pro NRW und 1 SPD)
	03 Enthaltungen	(Fraktionen Grüne und 2 SPD)

Im Anschluss lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf abstimmen: